BLAUE POST BAUTZEN

www.afdbautzen.de Juli 2021

Der Missbrauch des Sports hat Tradition!

Früher verkündeten Trainer der Deutschen Nationalmannschaft, dass die von ihnen trainierte Mannschaft gewinnen will.
Am Vorabend des Spiels gegen die englische Nationalmannschaft kündigte der Trainer der „Mannschaft" an, dass man sich dem politischen Druck beugen werde, den Sport für politische Zwecke zu missbrauchen. Mit dem Knien setzten und setzen die Spieler kein Zeichen für Toleranz, sondern unterwerfen sich einer kommunistischen Ideologie.
Victor Orban sagte richtigerweise: „Ein Ungar kniet nur vor Gott, seinem Vaterland und vor der Frau, die er bittet, seine Frau zu werden." Was gäbe ich für einen solchen Präsidenten.
In vergangenen Jahren waren die Sportler die Vertreter ihrer Nation. Es stand nicht der einzelne Sportler oder die Mannschaft auf dem Platz, sondern die jeweilige Nation. Die Menschen fieberten mit. Mit zunehmender Politisierung des Sports geht dieses Gefühl immer mehr verloren. Man präsentiert nicht mehr seine Nation, sondern eine politische Haltung. Das eigentliche Sportereignis tritt immer mehr in den Hintergrund.
In beiden deutschen Diktaturen forderten die politischen Machthaber diese Art von Untergebenheit. Geschichte wiederholt sich. Statt mit einem Trauerflor und einer Schweigeminute der drei gemetzelten Frauen von Würzburg zu gedenken, machten sich die Spieler zu Lakaien einer linken Ideologie, die sich wie ein Krebsgeschwür in jeden Bereich unseres Lebens frisst.

Stoppen wir diese Entwicklung!
Wählen Sie statt Indoktrination die Freiheit!
Wählen Sie die Alternative für Deutschland!

Karsten Hilse, MdB

Opfer 1. und 2. Klasse!

Jedes Opfer von Terror und Gewalt ist eines zu viel. Und ich spreche hier ausdrücklich jedem Hinterbliebenen mein tiefempfundenes Mitgefühl aus.
Allerdings werden einige Opfer zu Ikonen des Kampfes gegen Rassenhass und Menschenverachtung, andere werden zu namen- und gesichtslosen Statistiknummern.
Ein mehrfach vorbestrafter Gewaltverbrecher wird zum Märtyrer gegen eine vermeintlich durch und durch rassistischen Gesellschaft aufgebaut. Sein Gesicht und sein Name werden wochen-, monate- ja jahrelang im Gedächtnis der Öffentlichkeit gehalten, nach ihm werden Sporteinrichtungen benannt, Straßen und Plätze sollen seinen Namen erhalten. Andere Opfer, wie die von Berlin, Würzburg, Dresden, Freiburg und viele, viele andere, geraten, zumindest in den Leitmedien, gewollt sehr schnell in Vergessenheit, je nachdem ob die Täter und Opfer einer bestimmten Menschengruppe angehören. Teilweise werden die Täter, z.B. der von Würzburg, selbst zu Opfern von rassistischer und xenophober Gewalt stilisiert. Einerseits soll das grausame Verbrechen verharmlost und andererseits den Menschen eine Mitschuld suggeriert werden. „Die Tat wäre nie passiert, wenn ihr den Täter nicht mit Euren rassistischen und xenophoben Vorurteilen zu dieser Tat getrieben hättet." Eine bodenlose Frechheit! Dass der Täter ein gemeiner islamischer Terrorist war und dass er nicht wegen seiner vermeintlichen psychischen Störung, sondern wegen seines abgrundtiefen Hasses gegen unsere Art zu leben, handelte, wird nicht kommuniziert.
Der islamische Terrorist tötete drei Frauen. Ein elfjähriges Mädchen überlebte nur, weil seine Mutter sich schützend über sie warf und weil eine weitere Frau sich dem Täter todesmutig in den Weg stellte. Beide Frauen bezahlten ihre heroische Tat mit ihrem Leben.
Der Terrorist suchte sich Frauen als Opfer aus. Diese Auswahl der Opfer geschah nicht zufällig.
Für die meisten Anhänger der Glaubensrichtung des Terroristen sind Frauen Menschen zweiter Klasse.
Während der Tat rief der Terrorist „Allahu akbar". Bei der Festnahme sprach der Terrorist von „seinem heiligen Krieg". In der Unterkunft des Terroristen wurden Schriften vom „Islamischen Staat" gefunden.
Der Terrorist kam 2015 als Flüchtling nach Deutschland. Die AfD hatte frühzeitig gewarnt, dass Menschen aus Kulturkreisen kommen, die mit unserer Kultur nicht kompatibel sind und dass ein Teil dieser Menschen eine große Gefahr darstellt, vor allem für unsere Frauen und Mädchen. Seit 2015 wurden zig Mädchen und Frauen vergewaltigt und kaltblütig ermordet.
Das ist übrigens keine Instrumentalisierung, sondern lediglich eine Aneinanderreihung bekannter Fakten.
Die AfD ist die einzige im Deutschen Bundestag vertretene Partei, die die Fehler der vergangenen Jahrzehnte, vor allem der letzten 6 Jahre, konsequent beheben will.
Für Frauen, die nicht Gefahr laufen wollen, dass sie oder ihre Töchter und Enkelinnen früher oder später das Opfer eines frauenverachtenden Killers werden, kann es am 26.09.2021 nur eine Wahl geben, die Alternative für Deutschland!

Karsten Hilse, MdB

NICHT INS ALTPAPIER!
Nach dem Lesen weitergeben.

Familien stärken statt Ministerien aufblähen

Eine der größten Herausforderungen für den Freistaat Sachsen ist noch immer die geringe Geburtenrate. Aktuell liegt sie bei 1,56 Geburten pro Frau. Wir sind damit leider weit davon entfernt, ein familienfreundliches Land zu sein. Das wollen und das müssen wir ändern. Wie das mit einfachen und bezahlbaren Maßnahmen geht, hat unsere sächsische Landtagsfraktion jüngst in einem 13-Punkte-Plan aufgezeigt.

Er beinhaltet unter anderem ein Baby-Begrüßungsgeld von 5.000 Euro, ein sächsisches Bau-Kindergeld sowie ein ehrgeiziges Landeserziehungsgeld, das es Eltern erlaubt, sich länger um ihre Kleinkinder kümmern zu können. An die Kindergärten und Schulen haben wir ebenfalls gedacht. Es sollte in Zukunft ein kostenloses Vorschuljahr im Kindergarten geben. Zudem halten wir es für sinnvoll, ein kostenloses, gesundes Frühstück an Grund- und Förderschulen anzubieten.

Ein weiterer Schwerpunkt betrifft die Pflegepolitik. Wir wünschen uns, dass die Betreuung der eigenen Eltern bzw. Großeltern in den eigenen vier Wänden durch ein Landespflegefördergeld für pflegende Angehörige ermöglicht wird.

Doch ist das überhaupt finanzierbar?
Ja, auf jeden Fall! Die Regierung müsste dazu nur ihre Prioritäten bei der Steuergeldverteilung grundsätzlich überdenken. Würde sie in den Ministerien sparen und ihre Politik der offenen Grenzen beenden, stünden auf einmal mehrere hundert Millionen Euro für soziale Zwecke zur Verfügung. Zudem will allein die sächsische Landesregierung mehr als 100 Millionen Euro in erneuerbare Energien stecken, obwohl diese nicht grundlastfähig sind und unsere Landschaft zerstören.

Ohne diese üppigen grün-ideologischen Ausgabenpositionen wäre auf einmal sehr viel Geld für unsere Familien vorhanden. Wir können uns also sehr wohl eine Willkommenskultur für Kinder leisten. Der regierenden CDU und den anderen Altparteien fehlt lediglich der politische Wille zur Umsetzung. Das ist bei der AfD anders. Wir kämpfen für unsere Familien und wir wünschen uns Kinderreichtum, denn er ist die Grundlage für eine lebendige Gesellschaft.

Jörg Urban, MdL

Termine

Mittwoch, 14. Juli 2021 – 14.00 Uhr
Bürgersprechstunde Karsten Hilse
Hoyerswerda – Friedrichsstraße 9

Donnerstag, 15. Juli 2021 – 14.00 Uhr
Bürgersprechstunde Karsten Hilse
Kamenz – Klosterstraße 4

Donnerstag, 15. Juli 2021 – 18.00 Uhr
Bürgerabend mit Karsten Hilse –
Das AfD – Programm zur Bundestagswahl 2021 – Was die AfD wirklich will.
Kamenz – Tomogara – Bautzner Straße 122

Donnerstag, 22. Juli 2021 – 18:00 Uhr
Bürgerabend mit Karsten Hilse
Das AfD – Programm zur Bundestagswahl 2021 – Was die AfD wirklich will.
Bischofswerda – Eva Brunnen – Altmarkt 30

Mittwoch, 28. Juli 2021 – 19:00 Uhr
Grundeinkommen – Linke Utopie oder Doping für die Wirtschaft?
Mit Rene Springer (MdB), Karten Hilse (MdB) und Jörg Urban (MdL)
Bautzen – Hotel Residence - Wilthener Straße 32

Die AfD-Fraktion hat bereits folgende Initiativen im Sächsischen Landtag eingebracht (Auszug):

- Jedem Schüler endlich eine warme und gesunde Mahlzeit ermöglichen - kostenfreies Schulessen an sächsischen Schulen einführen! *(Drs 6/6903)*
- Eltern und Senioren entlasten - kostenlose Basisangebote für den ÖPNV im ländlichen Raum *(Drs 6/13769)*
- Begrenzung der Elternbeiträge auf maximal 20% in Kindertageseinrichtungen *(Drs 6/7569)*
- Armutsrisiko Alleinerziehender reduzieren - Unterhaltsvorschussgesetz reformieren *(Drs 6/6167)*
- Für ein geburtenfreundliches Sachsen - Wohnortnahe Geburtshilfe sichern *(Drs 6/11423)*
- Absenkung der Personalschlüssel in Kindertageseinrichtungen *(Drs 6/1549)*
- Schutz ungeborenen Lebens sichern, Schwangerschaftskonfliktberatung auf den Prüfstand stellen *(Drs 6/12639)*
- Verbesserung Personalschlüssel an sächsischen Kitas *(Drs 6/1549)*
- Landesbetreuungsgeld *(Drs 6/15500)*

Bund reduziert Lausitzer Strukturprojekte auf ein Minimum

Wie die Staatsregierung bekannt gab, erfolgt keine Elektrifizierung der Bahnstrecke Dresden-Görlitz und Dresden-Zittau sowie der Ausbau der Autobahn A4.
Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter aus Bautzen kommentiert:
„Die Bundesmaßnahmen zum Strukturwandel in der Oberlausitz offenbaren das verkehrspolitische Versagen der Bundesregierung. Wenn die Politik den Wirtschaftsstandort Oberlausitz ernsthaft halten und gute Rahmenbedingungen für Unternehmen schaffen will damit Arbeitsplätze entstehen, muss in Infrastruktur investiert werden. Die jetzt vereinbarten Projekte werden die Oberlausitz zukünftig nicht stärken, sondern weiter schwächen.
Die Nicht-Elektrifizierung der Bahnstrecken Dresden-Görlitz und nach Zittau sind ein großer Fehler. Bereits nach der Ölkrise 1979/1980 war die Strecke Dresden–Görlitz für eine Elektrifizierung vorgesehen. 2003 erfolgte ein Abkommen zwischen dem Bundesverkehrsministerium und dem Minister für Infrastruktur der Republik Polen. Ziel war die Elektrifizierung. Ergebnis heute: Stillstand!
Nicht nur für den Fernverkehr ist diese Strecke wichtig, auch für den Nahverkehr. Eine S-Bahnlinie wäre enorm wichtig, um einerseits die Autobahn zu entlasten, anderseits auch die Attraktivität der Städte im Oberland und Bischofswerda zu erhöhen sowie die Nutzung des ÖPNV zu stärken.
Dass der Ausbau der A4 nicht umgesetzt wird, ist bezeichnend. Die A4 ist die wichtigste Autobahnverbindung zwischen Mitteldeutschland und Polen, mit einem jährlich steigenden Verkehrsaufkommen.
Die jetzt getroffenen Maßnahmen vom Bund werden die Abwanderung junger Menschen in der Oberlausitz noch verstärken, sowie den Wirtschafts- und Lebensstandort Oberlausitz verschlechtern.
Es ist für mich absolut nicht nachvollziehbar, dass Mitglieder der Sächsischen Staatsregierung keine Kritik am Bund äußern und stattdessen die Reduzierung der Strukturprojekte auf ein Minimum noch positiv vermarkten."

Frank Peschel, MdL

Wieviele Arbeitsplätze schaffen 38 Strukturprojekte?

2020 hat die Bundesregierung beschlossen, dass Deutschland bis 2038 aus der Kohle aussteigt. Wohlweislich gehen damit viele gut bezahlte Industriearbeitsplätze verloren. Der Bund will den Industrieumbau bis 2038 mit bis zu 40 Milliarden Euro unterstützen.
Ende Juni wurden die ersten 38 kommunalen Strukturentwicklungsprojekte für die sächsischen Oberlausitz bekannt gegeben. Die Gelder sind dafür gedacht, eine langfristig tragfähige Wirtschaftsstruktur zu sichern. Die Realität der Mittelverwendung sieht jedoch ganz anders aus. Es werden Projekte mit Steuergeldern finanziert, die weder Arbeitspätze schaffen, noch etwas mit dem Strukturwandel zu tun haben.

Hier einige Beispiele:

– Förderzentrum Hoyerswerda - Dachsanierung Schwimmbad (Investitionsvolumen 175.000 Euro)
– Museumskomplex Zeisholz - Nutzung für Fahrradtourismus (330.000 Euro)
– Kulturhaus Bischofswerda (16,2 Millionen Euro)
– Gemeinde Haselbachtal - Energieautarkes Gemeindeamt (4,2 Millionen Euro)
– Lausitzbad Hoyerswerda - Erweiterung und Modernisierung (20,18 Mio Euro)
– Lausitzhalle Hoyerswerda - Sanierung und Modernisierung (6 Mio Euro)
– Kita mit Waldangebot und Dorfgemeinschaftshaus in Oßling (740.000 Euro)
– Ottendorf-Okrilla - touristische Erschließung des Teichwiesenbades (1,2 Mio Euro)
– Neubau Kita in Ralbitz-Rosenthal (7,1 Mio Euro)
– Ersatzneubau einer Inklusionskita in Steina (5,3 Mio Euro)
– Schloss Seifersdorf - Erlebnisschloss mit Besucherzentrum (4 Mio Euro)

Frank Peschel, MdL

Regierung beklagt „Impfmüdigkeit“

Allerorten beklagen Politiker, dass sich immer weniger Menschen impfen lassen. Die mehrere Millionen Euro teuren „Deutschland krempelt die Ärmel hoch“ Kampagnen, die teilweise Versagung von grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechten für „Ungeimpfte“, die „Geschenke“, die Menschen teilweise erhalten, wenn sie sich dieser „Gentherapie“ unterziehen, verfangen bei vielen Menschen nicht. Diese Menschen stellen eine simple Risiko-Nutzen-Analyse für sich selbst an, lassen sich von Sprüchen einiger Politiker, wie „Wer sich nicht impfen lässt, ist unsolidarisch“ oder noch dreister von Eckart von Hirschhausen: „Wer sich nicht impfen lässt, ist ein asozialer Trittbrettfahrer“ nicht zu einer sehr persönlichen und absolut privaten Entscheidung drängen. Die meisten dieser Menschen sind keine absoluten Impfverweigerer. Sie lassen sich natürlich gegen verschiedene Erkrankungen, wie Keuchhusten, Wundstarrkrampf oder FSME impfen. Sie haben allerdings große Skepsis gegenüber einem neuartigen Stoff, der aufgrund seiner Wirkungsweise von nicht wenigen Experten als Gentherapie einklassifiziert wird. mRNA-Impfstoffe erhielten trotz jahrelanger Forschung und mehreren Beantragungen noch nie vorher eine Zulassung und haben auch jetzt nur eine „bedingte Zulassung“. Zudem sind die Nebenwirkungen nicht genügend und Langzeitwirkungen gar nicht bekannt. Leider werden diese Fakten in den Leitmedien wenig bis gar nicht kommuniziert. Auch deswegen interessieren sich nur wenige Menschen für diese Umstände. Die European Medicines Agency (EMA) sammelt und veröffentlicht von den Mitgliedsstaaten der EU gemeldete Nebenwirkungen im Zusammenhang mit Verabreichungen dieser Stoffe. Trotz des nachweisbaren Umstandes, dass nicht alle Fälle von Nebenwirkungen an die EMA gemeldet werden, sind die Zahlen beunruhigend.

„So sind im Bericht des Paul-Ehrlich-Instituts vom 7.5. mit dem Datenstand vom 30.4. 49.961 Fälle von Nebenwirkungen verzeichnet, während in der Datenbank der EMA lediglich 14.118 Fälle abrufbar waren.“[1]

Die nicht unbegründete Skepsis gegenüber den neuartigen Impfstoffen führt bei einigen Menschen zu einer Komplettverweigerung der Impfung unter Inkaufnahme von nicht unerheblichen Nachteilen, bei anderen Menschen zu einer Abwartehaltung.

Wurden im Mai/Juni noch täglich bis zu 1 Million Dosen (Erst- und Zweitdosis kumuliert) verabreicht, waren es Anfang Juli weniger als 600.000. Dau beigetragen haben dürften die Bilder von vollen Stadien und dem komplett normalen Leben bei vielen unserer europäischen Nachbarn.

Auch die Delta- und die Lambdavariante lockt die Menschen nicht mehr in die „Zweigniederlassungen der Pharmakonzerne, genannt Impfzentren“, wie es ein Satiriker kürzlich bemerkte.

Die Politiker, die von einigen Kritikern und Satirikern auch als verkappte Pharmalobbyisten bezeichnet werden, suchen nun neue Wege, die in rauen Mengen eingekauften Produkte an den Mann zu bringen. Besorgte Bürger informierten uns darüber, dass „Impfmobile“ Behinderten- und Obdachlosenheime heimsuchen. Sogenannte Impfzentren sollen in Party-Meilen platziert werden, um die „Impfung im Vorbeigehen“ verabreichen zu können. Ob hier eine, wie der Europarat forderte, umfassende und ausreichende Aufklärung über die Risiken dieses Eingriffs erfolgt, darf bezweifelt werden.

Die Impfung ist und bleibt eine höchst private Entscheidung jedes Einzelnen. Es darf keinen, auch keinen indirekten Impfzwang geben. Der Europarat hat in seiner Resolution beschlossen, dass die Freiwilligkeit oberste Priorität hat. Ein, wie auch immer gearteter, Druck auf Menschen, sich impfen zu lassen, ist unzulässig.

1 https://diebasis.wiki/wiki/Corona/Impfung/Informationen/EMA

Datenstand gemeldete Nebenwirkungen in der EU: 2021-07-03 (Quelle siehe unten)

	BioNTech	AstraZeneca	Moderna	Janssen	gesamt
Todesfälle	5.212	2.482	2.755	258	10.707
Lebensbedrohlich	5.142	5.694	2.727	628	14.191
Längerer Krankenhausaufenthalt	20.671	17.030	10.240	1.797	49.738
Einschränkend / arbeitsunfähig machend	8.746	17.654	2.516	408	29.324
Ernste Nebenwirkungen	101.907	167.373	32.373	4.347	306.000
Alle Fälle mit Nebenwirkungen	269.490	317.503	63.126	15.224	665.343

[1]https://diebasis.wiki/wiki/Corona/Impfung/Informationen/EMA

Rückerstattung gefordert

AfD-Wahlkreisabgeordneter aus dem Landkreis Bautzen fordert Rückerstattung von Bußgeldern von vermeintlichen „Verstößen gegen die Ausgangsbeschränkung" der Corona-Schutzverordnungen vom 31. März 2020

Wie eine Anfrage an das Ordnungsamt des Landratsamtes Bautzen ergab, liegen 450 Ordnungswidrigkeiten wegen Verstößen gegen die Ausgangsbeschränkung der Corona-Schutzverordnungen vom 31. März 2020 vor. Die festgesetzten Verwarnungs- und Bußgelder betrugen insgesamt rund 24.000 Euro.

Dazu erklärt Timo Schreyer, Mitglied des Sächsischen Landtages der AfD-Fraktion: „Zusammenfassend ist zu sagen, dass pro Bescheid ein Ordnungs*geld von 53,00 Euro verhängt worden ist. Nach einer Anfrage beim Landrat ist aber keine Rückzahlung der Bußgelder vorgesehen, laut der Verfahrensweise, die durch die Landesdirektion Sachsen beim Umgang mit der 54. VO zur Änderung straßenrechtlicher Vorschriften festgesetzt wurde.*

Jedoch hat der Landrat der Sächsischen Schweiz-Osterzgebirge die Auszahlung der zu Unrecht gezahlten Bußgelder zugesichert, wenn das Urteil des Sächsischen Oberverwaltungsgerichtes vom 21.4.2021 rechtskräftig ist. Wir fordern daher eine Gleichbehandlung der zu Unrecht gezahlten Bußgelder und Verwaltungskosten."

Die SZ berichtete darüber: https://www.saechsische.de/bautzen/lokales/muss-der-kreis-bautzen-corona-bussgelder-zurueckzahlen-5470221-plus.html am 23.06.2021

Ohne Moos nichts los!!!

Dieses bekannte Sprichwort ist im Moment aktueller denn je. Ob im städtischen Regionalbereich,

Kreis oder Land dominiert das Bettelwort „Fördermittel". Diese Organisationsform ist mit immensem bürokratischem und finanziellem Aufwand verbunden. Gerade in Zeiten gravierender wirtschaftlicher Veränderungen, sprich Strukturwandel (besonders in der Lausitz), sollte die kommunale Selbstverwaltung oberste Priorität haben. Anstatt mit Projekten den Fördertöpfen zu folgen, sollten Kommunen nach Fläche, Bevölkerungsanzahl, Wirtschaftskraft etc. pauschalisierte Zuwendungen erhalten und nur überregionale Projekte zentral bezuschusst werden. Damit erhalten die Kommunen vollen Zugriff und entscheiden selbst über den erforderlichen Einsatz der Mittel. Das weiterhin aufblühende Personal und Bürokratiemonster der CDU Landesregierungen im Freistaat wäre Geschichte! Hier im Regionalbereich Hoyerswerda sind im HH 2021/22 einige Vorhaben planerisch „unter Vorbehalt" eingeordnet, das heißt, wenn die Fördermittel bereitgestellt werden. Spontan fällt einem die Aussage „Strukturwandel ohne Innovation ist wie ein Boot ohne Segel" (Peer Steinbrück 2004) ein. Strukturwandelprojekte ohne Eigenanteile der Kommunen sind nicht vorgesehen und das, obwohl die Doppelhaushalte des Landkreises und auch die der meisten Kommunen nur unter völliger Auflösung von Rückstellungen darstellbar sind. Ab 2023 sind diese Art Haushalte nicht mehr gegeben.
Hochoptimistische Steuerschätzungen des Landes tragen zwar zu Beruhigung der Bevölkerung bei, sind aber mit Hinblick auf das Coronadesaster der Bundesregierung und der damit verbundenen „Neuordnung" des Mittelstandes völlig sinnbefreit!

Die AfD Fraktion gibt Hinweise und Anfragen an die Stadtverwaltung die in Richtung Stärkung der Wirtschaftkraft, unter Beachtung von sparsamer Mittelverwendung, stehen

Schwerpunkte sind:
- Infrastrukturvermögen
- Investitionszuschüsse für Umbaumaßnahmen
- Keine Notwendigkeit Straßenbaumaßnahme Kühnichter Spange
- Rückstellungen Eigenmittel für „Strukturwandel"

AfD Fraktion Hoyerswerda

AfD - Fraktion im Kreistag Bautzen

AfD-Fraktion im Kreistag Bautzen
Friedrichstraße 9, 02977 Hoyerswerda

per Email: landrat@lra-bautzen.de
Landratsamt Bautzen
Herrn Landrat Michael Harig
Bahnhofstraße 9

02625 Bautzen

Henry Nitzsche
henry-nitzsche@t-online.de
Dokumentenkennzeichen
38-21

Hoyerswerda, 01.07.2021

Ihre Antwort vom 08.06.2021 auf unsere Anfrage Schutzmaßnahmen ASP

Sehr geehrter Herr Landrat,

Ich danke Ihnen für die Beantwortung unserer ASP Anfrage vom 18.05.2021.Ich möchte jetzt nicht alle Antworten auf unsere 10 Fragen Punkt für Punkt kommentieren. Leider wurden alle Anfragepunkte mehr oder weniger irgendwie beantwortet, ohne dem eigentlichen Problem auf den Grund zu gehen.

Meine Anfrage hatte nur einen Grund: **74 bäuerliche Betriebe in unserem Landkreis mit ca. 80.000 Schweinen vor der Katastrophe zu retten!**

Es geht nicht darum, Wolfsabschüsse durch die Hintertür zu bekommen (obwohl es dringend Not täte), sondern genau diese 74 Existenzen zu retten und ganz nebenbei 80.000 Schweine vor dem Keulen zu bewahren.

Es geht uns um Sachlichkeit und Effizienz der ASP Maßnahmen. Millionen für einen 80 cm hohen Zaun ausgeben ist Feigenblattpolitik und Beutegreifer und Raubvögel außen vor zu lassen, ist wissenschaftlicher Schwachsinn.

Sie waren es doch, der unlängst darauf hinwies, welche Handlungsoptionen ein Landrat im Notfall hat.

Trennen Sie sich endlich von der Strategie der **politischen Gegnerschaft**. Die Probleme und **Bedrohungen für den Landkreis sind viel zu groß**, als dass wir uns ein derartiges Handeln leisten können. Sie sind selbst aktiver Landwirt, schon aus diesem Grund gilt es die eigenen meist Haupterwerbskollegen von der ASP mit allen Mitteln zu schützen. Und da gehört das Thema große Beutegreifer (Wolf) und Greifvögel (Kolkraben) dazu.

Übrigens laut dem größten Schwarzwildprojekt aus DDR-Zeiten, von der Hochschule in Eberswalde (Prof. Dr. Stubbe) kann Schwarzwild problemlos über einen 80 cm Zaun springen.

Es wäre gut und richtig, unsere Arbeit als Kreisräte in Zukunft sachlich zu sehen und darzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Henry Nitzsche

Seite 1 von 1

AfD-Fraktion im Kreistag Bautzen • Fraktionsvorsitzender • Friedrichstraße 9 • 02977 Hoyerswerda

Unser Bundestagskandidat Dipl. Ing. Holger Prade steht Ihnen Rede und Antwort

Termine Bürgerfragestunde
Ort: Radeberg, Dresdner Straße 7

Samstag, 17. Juli 2021,
13 Uhr bis 14 Uhr
Samstag, 07. August 2021,
14 Uhr bis 15 Uhr
Samstag, 21. August 2021,
13 Uhr bis 15 Uhr
Samstag, 28. August 2021,
13 Uhr bis 14 Uhr

Herr Prade war viele Jahre Unternehmer, ist Zertifizierter Sachverständiger, schreibt Bücher und arbeitet seit 2017 als Büroleiter im Deutschen Bundestag. Er ist Listenkandidat für die Bundestagswahl am 26. September 2021 im Wahlkreis Dresden II - Bautzen II, WK 160. Schauen Sie doch einfach mal vorbei. Wir freuen uns auf Sie und Ihre Fragen.

Dipl. Ing. Holger Prade

Das zweite Wahlkreis- und Bürgerbüro von Timo Schreyer, MdL wurde in Radeberg eröffnet

Unter Teilnahme zahlreicher Gäste eröffneten wir am 04.06.2021 das Wahlkreis- und Bürgerbüro der AfD in Radeberg auf der Dresdener Straße 7. Ein kleiner Höhepunkt des Tages war ein besonderes Geschenk eines Mitgliedes und Freundes: eine Torte im AfD-Look mit dem Eröffnungsdatum. Neben Vertretern der Regionalgruppe Arnsdorf und Radeberg sowie der Stadtratsfraktion Radeberg konnten wir zahlreiche Ehrengäste, wie unseren Landesvorsitzenden Jörg Urban und unseren Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse begrüßen. Meine Kollegen aus dem Landtag Doreen Schwietzer und Frank Peschel waren ebenfalls dabei. Ebenso machten die Bundestagskandidaten Andreas Harlaß und Holger Prade Stippvisite im neuen Büro, welches montags von 10-18 Uhr geöffnet ist. Weitere Informationen können Sie unter: www.timo-schreyer.de abrufen. Auf einen Besuch und gute Gespräche freuen wir uns.

Ihr Landtagsabgeordneter Timo Schreyer

PS: Der allseits beliebte Schülerkalender (geeignet ab der 7. Klassenstufe) des Sächsischen Landtages ist eingetroffen und kann während der Öffnungszeiten in Königsbrück und Radeberg abgeholt werden.

Spendenkonto:
Alternative für Deutschland
KV Bautzen
Bank:
OSK Dresden
IBAN:
DE16 8505 0300 0225 7855 52

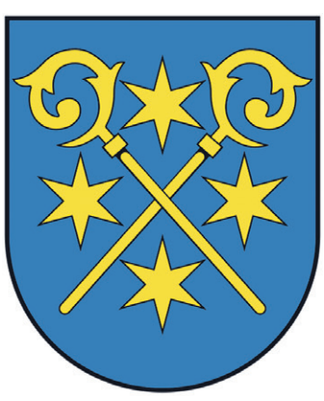
Betreff: Kreisverband Bautzen Spende

Impressum:
Alternative für Deutschland
Kreisverband Bautzen
vertr. d. d. Vorstands-vorsitzenden Karsten Hilse
Karl-Marx-Straße 15
02625 Bautzen
Tel.: 03591 5328336
info@afdbautzen.de
www.afdbautzen.de

Druck:
Druckhaus Scholz GmbH
Pforzheimer Platz 8
02977 Hoyerswerda

Kleine Wappenkunde der Städte unseres Landkreises

Bischofswerda



Das „Tor zur Oberlausitz“ - wie sich die Stadt selbst bezeichnet - wurde möglicherweise bereits zwischen 970 und 1076 gegründet.1076 soll Bischof Benno von Meißen Werda zur Stadt erhoben haben. Im Jahr 1227 wird Bischofswerda zum ersten Mal urkundlich erwähnt.
Das Wappen der Stadt Bischofswerda basiert auf einem Siegel von 1392 mit Bischofsstab und zwei Sternen. Seit 1559 führt die Stadt das neue, bis heute gültige Stadtwappen mit den sich kreuzenden Bischofsstäben und vier sechsstrahligen Sternen.
Die genaue Entstehung des Stadtwappens ist heute nicht mehr belegbar, da wichtige Unterlagen fehlen.
Zwei von drei Stadtchronisten führen Namen und Siegel der Stadt auf Bischof Benno zurück, der die Stadt Bischofswerda gegründet haben soll, als er das Meißnische Land missionierte. Die „Insel des Bischofs“, -werda (von Werder) bezeichnet eine Insel oder von stehenden Gewässern umgebenes Land, war damals ein von 17 Teichen umgebener Flecken.
Ein Stadtchronist schilderte 1879 ein seit dem 13. Jahrhundert in Budissin vorkommendes Patriziergeschlecht von Bischofswerde, das sich aus Bischofswerda nach Görlitz wandte und wie die Stadt zwei gekreuzte Bischofsstäbe im Wappen führte. Nach Walter von Boetticher bildete möglicherweise diese Familie dieses Wappen nach dem ihrer Heimatstadt.
Es ist jedoch auch möglich, daß Kaiser Maximilian dem Siegel den zweiten Bischofsstab und zwei weitere Sterne hinzugefügt hat. Eventuell wollte man den bischöflichen Besitz besonders herausheben. Andere deuten das Stäbekreuz als Symbol für „Gesetz“ und „Evangelium“. Obwohl die genaue Bedeutung der vier Sterne heute unbekannt ist, werden sie verschiedentlich als „Wissende“, „Unwissende“, „Besitzende“ und „Besitzlose“ oder auch als „Lehrer in Kirche und Schule“, „Zuhörer“, „Regenten“ und „Untertanen“ gedeutet. Ihre Sechsstrahligkeit soll die sechs Schöpfungstage symbolisieren. Eine Besonderheit des Stadtwappens besteht darin, daß es oft von einem Engel gehalten wird.

Quelle: Wikipedia